

## **Warum INTERPOL bei der Konferenz der Vertragsparteien nichts zu suchen hat**

INTERPOL bewarb sich erst dann um eine Teilnahme als Beobachter des WHO Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (FCTC), nachdem die Polizeibehörde einen Handel mit der Tabakindustrie abgeschlossen hatte, bei dem sie 15 Millionen US-Dollar für eine „globale Initiative gegen unerlaubten Handel mit illegalen Waren und Produktfälschungen“ erhielt, deren Zustandekommen offensichtlich vollständig von der Finanzierung durch Philip Morris International (PMI) abhängig war. Dies ist ein atemberaubend klarer Verstoß gegen Artikel 5.3 des WHO Tabakrahenübereinkommens.

Genauer betrachtet ist PMI auch ohne das Tabakrahenübereinkommen ein fragwürdiger Partner für eine Strafverfolgungsbehörde wie INTERPOL. Polizeikräfte, die eine Partnerschaft mit Unternehmen oder Einzelpersonen in Betracht ziehen, müssen die Interessen eines potentiellen Partners sorgfältig prüfen. Hat der Partner ein wirkliches Interesse an einer sofortigen Aufdeckung der gefährlichsten, kriminellen Aktivitäten? Oder profitiert der Partner direkt oder indirekt von einem Misserfolg bei der Aufdeckung solcher Aktivitäten?

Im Falle von PMI ist eine Erfolgsgeschichte zu berücksichtigen. Im November 2000 klagte die Europäische Gemeinschaft gegen Philip Morris (und andere Tabakunternehmen) und warf dem Unternehmen vor, auf breiter Front und organisiert Zigaretten nach Europa zu schmuggeln. Der Rechtsstreit wurde später gegen eine Zahlung von 25 Milliarden US-Dollar beigelegt. Eine ähnliche Klage wurde von der Mehrheit der Departementsgouverneure Kolumbiens eingereicht. Diese Klage wurde später von US-Gerichten aus Gründen der Nichtzuständigkeit abgewiesen. Um PMIs Aushängeschild Marlboro ging es hauptsächlich bei Zigaretten schmuggelaktivitäten in den 1980er und -90er Jahren in Italien. Nach der Beschlagnahme einer großen Menge von Schmuggelware verbot der italienische Staat den Verkauf der Marke Marlboro zeitweilig.

Man könnte argumentieren, dass diese Ereignisse mehrere Jahre zurückliegen und dass PMI seither mit den Behörden in mehreren Hoheitsgebieten zusammenarbeitet (sowohl die Vereinbarungen mit Kanada als auch die mit der EU verpflichten zu einer solchen Zusammenarbeit).

Es lohnt sich jedoch, PMIs Interessen bezüglich des illegalen Handels und der Besteuerung von Tabakprodukten genau zu betrachten. Wie wirken sich verschiedene Formen des illegalen Handels auf Umsätze und Renditen von PMI aus?

- Der Handel mit gefälschten PMI Marken schmälert auf direktem Weg Marktanteile und Gewinne, die Kontrolle über die Produktfälschung hat also oberste Priorität
- Schwarzhandel mit anderen Marken als den eigenen könnte den Konkurrenten von PMI einen Wettbewerbsvorteil verschaffen
- Schwarzhandel mit (echten) PMI Marken bringt dem Unternehmen Gewinne, wenn er nicht zu Strafzahlungen gemäß der Vereinbarungen mit Kanada oder der Europäischen Union führt oder zu viel Aufmerksamkeit bei der Polizei oder anderen Behörden erregt

- Schwarzhandel kann immer benutzt werden um gegen weitere Tabaksteuererhöhungen oder gegen strengere Regulierungen (wie z.B. plain packaging) zu argumentieren

Zweifellos gibt es noch andere Gründe, die PMI berücksichtigen wird, wie z.B. Belange der Öffentlichkeitsarbeit oder Beziehungen zu Entscheidungsträgern, aber unterm Strich ist Eines klar: Es liegt nicht in PMIs Interesse, dass Strafverfolgungsbehörden mit ihren Bemühungen, den illegalen Handel mit Tabakprodukten einzudämmen, zu 100 Prozent erfolgreich sind.

Angesichts all dessen und der wechselvollen Geschichte von PMI und anderer transnationaler Tabakkonzerne sollten Strafverfolgungsbehörden sehr sorgfältig über die Bedingungen für jegliche Vereinbarungen über Partnerschaften mit der Tabakindustrie nachdenken.

Deborah Arnott, Chief Executive ASH (UK), veröffentlicht am 13.10.2014 im FCA Bulletin Ausgabe 123, Übersetzung Forum Rauchfrei